

Der Landbote

Regionalzeitungen

TAGBLATT VON WINTERTHUR UND UMGEBUNG



Vormittag
-2°

Nachmittag
5°

WETTER SEITE 20

Festival

Der Akkordeonvirtuose Srdjan Vukasinovic bringt neuen Schwung in die klassische Musik. **SEITE 9**

Alterspflege

Bund und Kantone beteiligen sich an den Kosten für Pflege, nicht aber für Betreuung. Darunter leiden speziell Demenzzranke. **SEITE 5**



Dritte Niederlage

Trotz zweier Tore von Fabrice Herzog unterlagen die ZSC Lions dem SC Bern erneut und stehen vor dem Aus. **SEITE 35**

Der Plot in Plastilin



Plastilin steht für Metamorphose. Das Gewerbemuseum Winterthur widmet der formbaren, weichen Knetmasse eine eigene Ausstellung, die durch Animation, zeitgenössische Kunst und Design führt. *Bertold Stallmach / pd* **SEITE 23**

Bürger bekämpfen Laternenabgabe

WINTERTHUR Stromkunden wehren sich gegen einen Entscheid des Gemeinderats. Dieser hatte Ja gesagt zum Vorschlag des Stadtrates, die Kosten für die Strassenlaternen verbrauchsabhängig über die Stromrechnung einzuziehen.

Angesichts der angespannten Finanzlage versucht der Winterthurer Stadtrat gegenwärtig, so viele Kosten wie möglich aus dem Steuerhaushalt zu verschieben. Und der Gemeinderat segnet diese Umverlagerungen jeweils leicht zähneknirschend ab. Besonders zu reden gab der Entscheid vom letzten Dezember, die Kosten von 3,3 Millionen Franken für die Strassenbeleuchtung künftig den Strombezügern zu belasten. Heikel daran ist, dass mehr zahlt, wer mehr Strom verbraucht. Pro Kilowattstunde Verbrauch fallen 68 Rappen als «Beitrag an die öffentliche Beleuchtung auf kommunalen Strassen»

an. Dies, obwohl sich laut Juristen kein Zusammenhang herstellen lässt zwischen dem Stromverbrauch und dem Nutzen der Strassenlaternen.

In den letzten Tagen wurden die ersten Rechnungen mit der neuen Abgabe verschickt und nun formiert sich Widerstand. Alt-Verfassungspräsidentin Romana Heuberger plant, die Gebühr anzufechten. «Für den Einzelnen geht es meist um kleine Beträge, die nicht wehtun. Aber gerade wenig Verdienende kann die Abgabe durchaus schmerzen», sagt sie. Die Abgabe sei ungerecht, weil sie die Progression ausheble. Dies, obwohl die Strassenbeleuchtung

aus dem Steuerhaushalt bezahlt werden sollte. Bereits haben sich andere Betroffene Heubergers Initiative angeschlossen.

Stadtrat Matthias Gfeller (Grüne) bedauert, dass die Betroffenen nicht die demokratischen Mittel genutzt und ein Referendum gegen den Entscheid ergriffen haben. Er ist nach wie vor der Meinung, die Lösung sei absolut legal, und verweist darauf, dass andere Städte wie Zürich oder Basel dies ähnlich handhaben. «Stossend ist lediglich, dass nicht die tatsächlichen Nutzer, nämlich die Autofahrer, zur Kasse gebeten werden», sagt er. Angesprochen auf die Ungerechtigkeit, dass Kunden mit Wärmepumpenheizung stark belastet werden, sagt er, im Detail müsse man das Tarifsystem allenfalls nochmals anschauen. *mif* **SEITE 7**

Gezerre um Afro-Pfingsten

WINTERTHUR Das Hickhack um den Verbleib oder Wegzug der Afro-Pfingsten geht weiter. Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) spricht sich klar für einen Verbleib aus. Der multikulturelle Markt «Eine Welt in Winterthur» könne kein künftiger Ersatz sein: «Die Afro-Pfingsten wurden in Winterthur gegründet und müssen hier bleiben.» Derweil verkündet Roger Müller, der die Namensrechte des Anlasses vertreibt, dass sich gestern weitere Städte als mögliche neue Standorte ins Spiel gebracht hätten. Der «Landbote» hat bei 20 Städten nachgefragt. In zwei davon ist das Festival-OK bereits in den Jahren zuvor vorgestellt geworden. *hit* **SEITE 6**

Kanton zieht Urteil weiter

WALTALINGEN Das Ringen um die neue Bau- und Zonenordnung in der Weinländer Gemeinde Waltalingen geht in die nächste Runde. Nachdem das Baurekursgericht Anfang Februar eine Lockerung beim Ortsbildschutz gutgeheissen hat, zieht die damit unzufriedene Baudirektion den Entscheid weiter ans Verwaltungsgericht. Der Guntalinger Gartenbauer Martin Farnier (Bild) ist es, der im August 2014 die Waltalinger Gemeindeversammlung von dieser Lockerung überzeugt hatte. *mab* **SEITE 11**



Gewinn statt tiefrote Zahlen

ZÜRICH Deutlich besser als erwartet: Die Rechnung 2015 der Stadt Zürich schliesst mit einem Gewinn von 10 Millionen Franken ab – budgetiert war ein Minus von 130 Millionen Franken. Für Finanzvorstand Daniel Leupi (Grüne) besteht jedoch kein Anlass zu Euphorie. Gemessen an den schwierigen Zeiten konnte der Stadtrat gestern gute Zahlen präsentieren. Dazu beigetragen haben ein ausserordentlicher Mehrertrag, nicht ausgeschöpfte Kredite, Projektverzögerungen, aber auch ein Rekordergebnis bei den Steuern. Die Nettoschuld sank im Vergleich zum Vorjahr um 157,3 Millionen auf 4,04 Milliarden Franken. *sda* **SEITE 21**

Schlag gegen die Mafia

BERN Gestern früh sind in einer koordinierten Aktion in den Kantonen Thurgau, Zürich und Wallis zeitgleich 15 mutmassliche Mitglieder der kalabrischen Mafiaorganisation 'Ndrangheta festgenommen worden. Sie sitzen in Auslieferungshaft. 14 von ihnen widersetzten sich der Auslieferung. Die Haftanordnungen basieren auf italienischen Auslieferungssuchen. *sda* **SEITE 40**

Kampf um Adoptionen

BERN Homosexuelle sollen künftig Kinder ihrer Partner adoptieren können. Der Ständerat hat gestern als Erstrat einer Modernisierung des Adoptionsrechts zugestimmt. Die Gesetzesrevision soll der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen. Immer mehr Kinder wachsen bei unverheirateten Paaren auf. Sie sollen nun nicht länger benachteiligt sein. Die Stiefkindadoption soll künftig in allen Partnerschaften möglich sein, unabhängig

vom Zivilstand und von der sexuellen Orientierung.

Die gemeinschaftliche Adoption fremder Kinder wäre gleichgeschlechtlichen Paaren weiterhin nicht möglich. Ursprünglich stand auch das zur Diskussion: Der Ständerat forderte mit einer Motion, dass alle Erwachsenen ungeachtet ihres Zivilstandes und ihrer Lebensform ein Kind adoptieren können. Der Nationalrat schwächte den Vorstoss aber ab. *sda* **SEITE 26**

WAS SIE WO FINDEN

Panorama	14
Agenda	15
TV/Radio	19
Börse	31
Sport	35
Todesanzeigen	16, 17
Eulach-/Fahrzeugmarkt	28
Stellen	32
Veranstaltungen	38



9 771424 354000 3 0010

ANZEIGE

«Die Zahnärzte Ihres Vertrauens»

Notfallnummer
052 202 65 65
vwz.ch
Vereinigung Winterthurer Zahnärzte

ANZEIGE

Aktivität
Dynamik
Stärke

Rot – die kühne, erregende und prächtige Farbe. Symbolisch steht Rot für Glück, Liebe, Macht und Verbot.

Besuchen Sie unser Farb-ABC:
www.landolt-maler.ch/farb-abc

LANDOLTMALER
Ganz Ihr Stil

Eise-Züblin-Strasse 19, 8404 Winterthur
T 052 214 06 26, F 052 214 06 27
info@landolt-maler.ch, www.landolt-maler.ch

Gegen die Beleuchtungsabgabe formiert sich Bürgerprotest

GEBÜHREN Der Gemeinderat hat im Dezember entschieden, dass die Stromzahler für die Strassenbeleuchtung aufkommen, und zwar abhängig von ihrem Stromverbrauch. Rechtlich ist der Kniff umstritten. Jetzt wollen sich Betroffene wehren.

In den letzten Wochen flatterten Stadtwerk-Rechnungen in die Haushalte, auf denen erstmals auch Kosten für die «öffentliche Beleuchtung» anfielen. Die Höhe der Kosten ist abhängig vom Stromverbrauch und erscheint unter «Abgaben an das Gemeinwesen». Für einen durchschnittlichen Mehrpersonenhaushalt betragen die zusätzlichen Kosten pro Jahr etwa 50 Franken, für jene mit hohem Stromverbrauch, zum Beispiel aufgrund einer Wärmepumpenheizung, ungefähr 200 Franken.

In Leserbriefen im «Landboten» wurde diese neue Abgabe in den letzten Wochen immer wieder kritisiert. Ausgerechnet umweltbewusste Stromkunden mit Wärmepumpenheizung würden abgezockt, hiess es. Und eine grosse Familie müsse mehr zahlen als der gut verdienende Single, der nur zum Schlafen nach Hause komme. «Das ist ungerecht, der private Stromverbrauch hat nichts mit dem Konsum der Strassenbeleuchtung zu tun», bemängelte ein Leser.

ren, hat deshalb die Onlineplattform gebuehrenstop.ch ins Leben gerufen. «Ich möchte vor allem informieren», sagt sie. Denn die Umlagerungen von Kosten aus dem Steuer- in den Gebührenhaushalt sind ihr ein Dorn im Auge. «Man entzieht diese Kosten der Progression. Das ist ungerecht, weil es Schlechtverdienende stärker belastet.» Als erste Massnahme will sie eine Stromrechnung anfechten. Dazu müssen Betroffene bei der Rechnungsstellerin Stadtwerk eine anfechtbare Verfügung verlangen. Diese enthält eine Rechtsmittelbelehrung, die



«Gebühren sind ungerecht. Die Progression wird ausgehebelt.»

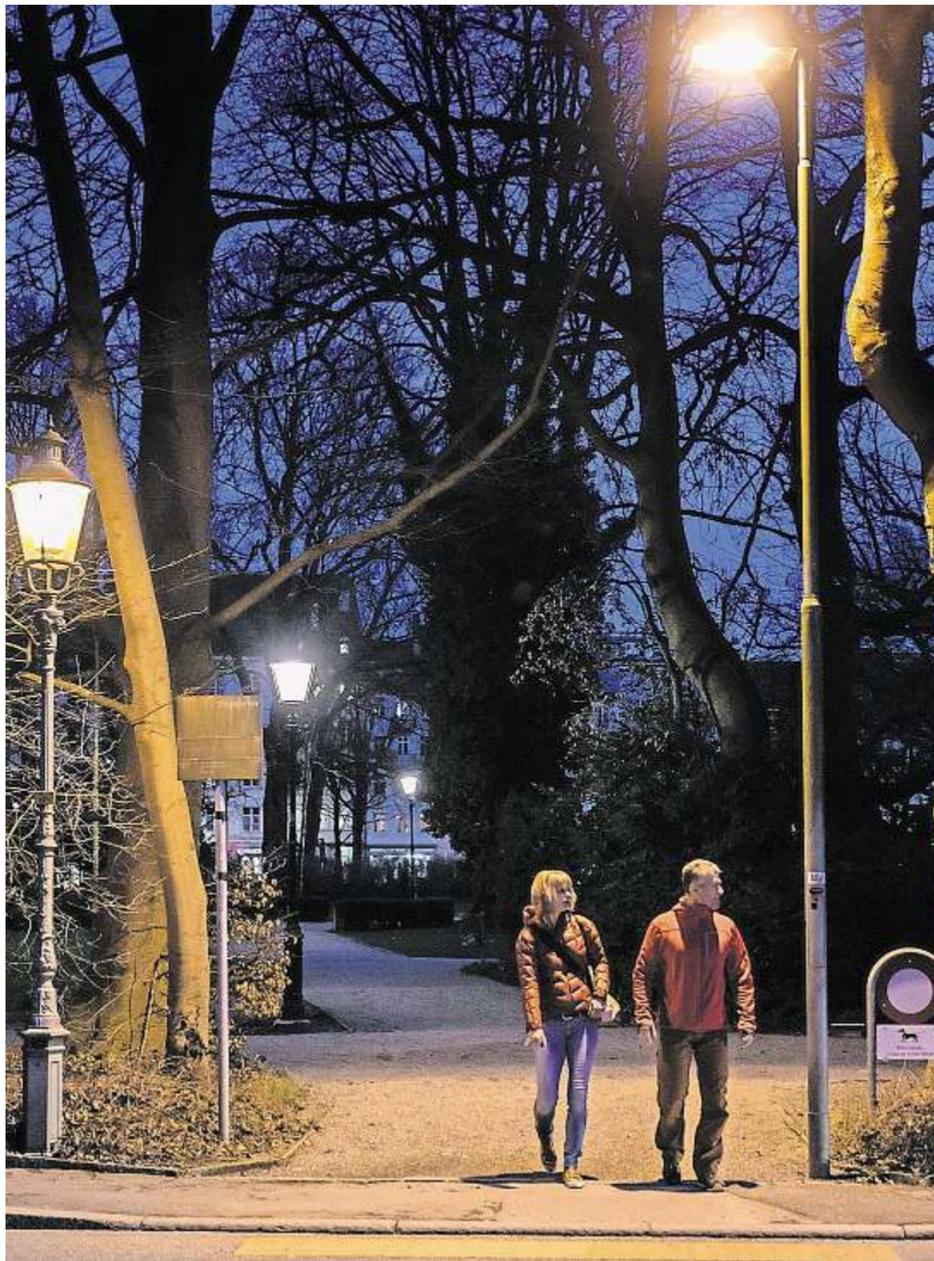
Romana Heuberger,
Alt-Verfassungspräsidentin

Strombezüger profitieren nicht mehr als andere

Juristen gehen gar einen Schritt weiter und bezeichnen diese Verrechnung als widerrechtlich: «Strombezüger profitieren nicht stärker von der Beleuchtung als der Rest der Bevölkerung. Es gibt keine sachlichen Gründe, diese Abgabe nur von ihnen zu verlangen», sagt René Wiederkehr, Titularprofessor für öffentliches Recht an der Universität Luzern und Dozent an der ZHAW. Er ist der Meinung, dass die Strassenbeleuchtung zwingend über die Steuern erhoben werden müsste.

Leserbriefschreiber schlugen vor, die Gebühren einfach von der Rechnung zu streichen. Der korrekte Weg wäre jedoch ein anderer. Wer den Sachverhalt klären lassen will, muss ein Rechtsmittelverfahren einleiten. Nur weiss kaum jemand, welche konkreten Schritte dafür nötig sind. Stromzahlerin Romana Heuberger, die als ehemalige Verfassungspräsidentin der FDP mithalf, die Kantonsverfassung zu revidieren,

zeigt, wie man weiter vorgehen muss. Voraussichtlich ist der Fall vor den Bezirksrat weiterzuziehen. Heuberger sucht nun weitere Betroffene, die bereit sind, in einem Präzedenzfall gegen die Gebühr zu kämpfen. «Wenn mehrere Betroffene aktiv werden, liesse sich das finanzielle Risiko teilen. Denn wir brauchen rechtliche Unterstützung.» Interessierte können sich via Website



Ein Haushalt mit Wärmepumpe zahlt aktuell mehr an die öffentliche Beleuchtung als andere.

Johanna Bossart

bei ihr melden. Auch ein anderer Stromkunde will erste Schritte einleiten. Jörg Lorenz hat eine Einsprache grundsätzlicher Natur gegen die Beleuchtungsabgabe zuhanden des Bezirksrats verfasst. Verschiedene Punkte hätten ihn dazu bewegt. So sei ganz klar, dass die Strassenbeleuchtung ein gesetzlicher Auftrag sei, den die Stadt mit Steuermitteln sicherstellen müsse.

«Für bin ich bereit, bis vor Bundesgericht zu kämpfen», sagt Lorenz. Er wird sich zudem Heuberger Initiative anschliessen.

Klärender Gerichtsentscheid wäre wünschenswert

Auf Anfrage sagt Bezirksratspräsident Meinrad Schwarz, bislang habe noch niemand das Rechtsmittelverfahren eingeleitet. Anfragen zum Thema habe er aber

schon mehrere erhalten. Schwarz zeigt sich erstaunt, dass der Gemeinderat die Belastung der Stromzahler mit den Kosten der Beleuchtung «einfach so durchgewinkt» hat. Die Regelung liege in einem Graubereich. Ein Gerichtsentscheid zur Klärung sei deshalb wünschenswert. «Die Tatsache, dass andere Städte wie Zürich das so handhaben, stellt noch keine Rechtsgrundlage dar.»

Im Gemeinderat war eine unheilige Allianz von CVP, SVP, Piraten und AL gegen den neuen Finanzierungsmodus. Die SVP versuchte im Anschluss noch, die nötigen 20 Stimmen für ein Behördenreferendum zusammenzubekommen. Letztlich fehlte laut Rolando Keller (SVP) aber eine Stimme.

Litteringkosten als aktuellstes Beispiel

Romana Heuberger kritisiert aber nicht nur die Beleuchtungsabgabe, sondern generell die Verlagerung von Kosten aus dem Steuerhaushalt in den Gebührenhaushalt. Gerade in der letzten Gemeinderatssitzung gab es ein weiteres Beispiel dafür. Unter anderem mit Stimmen aus der SP wurde beschlossen, die Litteringkosten in den Gebührenhaushalt zu verschieben. Es gab im Rat nur wenig Widerstand. Zwar wurde die Verlagerung kritisiert, aber letztlich gutgeheissen, weil die Verschiebung kostenneutral möglich war. «Das hat mich erschüttert. Es geht doch ums Prinzip. Wir müssen diese Entwicklung stoppen», sagt Heuberger. Denn mit der Verschiebung zu den Gebühren heble man das Mitspracherecht des Gemeinderates aus. «Der Stadtrat bestimmt dann deren Art und Höhe.»

Mirjam Fonti

PETITION

Auf ihrer Onlineplattform

www.gebuehrenstop.ch hat Romana Heuberger Beschlüsse, Rechtsgrundlagen und Fakten zum Thema Gebühren zusammengetragen. Zudem hat sie eine «Online-Petition gegen Gebührenwillkür» lanciert. Darin werden Stadt- und Gemeinderat aufgefordert, bei der Finanzierung von Staatsaufgaben konsequent auf solche Verschiebungen aus dem steuerfinanzierten Bereich zu verzichten. Unter anderem heisst es im Text: «Wir betrachten diese Gebühren als verdeckte Steuern, da sie nicht der Definition einer Gebühr entsprechen.» Bei einer Petition sind die Behörden zwar verpflichtet, vom Anliegen Kenntnis zu nehmen, nicht aber es zu behandeln oder zu beantworten. mif

Wohga startet Velo-Contest

MESSE Von Donnerstag bis Sonntag findet in den Winterthurer Eulachhallen die Wohga statt. An der jährlichen Messe für Wohnen, Haus und Garten werden auch dieses Jahr rund 18 000 Besucher erwartet. Laut Messeinhaber Andreas Künzli von der Maurer + Salzmann AG sind 2016 rund 180 Aussteller auf 9000 Quadratmetern gebucht. Doch nicht nur Mieter oder Eigentümer sollen dieses Jahr auf ihre Kosten kommen, sondern auch die Velofahrer. An der Wohga wird die Aktion «I like my bike» lanciert. Die Teilnehmer sollen in den nächsten Monaten möglichst viele Kilometer mit dem eigenen Velo zurücklegen. Die gefahrenen Kilometer werden mit einem Tacho ermittelt, der an der Wohga gekauft werden kann, und unter www.ilikemybike.ch erfasst. Die Aktion endet mit der Winti-Mäss im Herbst. red

Idyll am Bach wird überbaut

SEEN Eine Wiese mit grossen Bäumen am Mattenbach soll «möglichst schonend» bebaut werden. Das grösste Haus wird 70 Meter lang.

Es ist «eines der letzten schönen Grundstücke am Mattenbach». Das sagt nicht ein Naturschützer, sondern der Architekt der geplanten Grossüberbauung, Knut Lüscher. Die von Bäumen gesäumte Wiese liegt im Büelwiesenquartier, zwischen Oberseen und dem Ortskern von Seen. Hier werden bis Ende 2017 drei Blöcke mit 26 Wohnungen erstellt. Der Spatenstich für das Bauprojekt Grünmatt findet heute statt.

Die Bachlandschaft zwischen Grünmattstrasse und Hirschweg soll möglichst geschont werden, wie der Architekt sagt, so weit dies bei einer Überbauung eben möglich ist. Um einen Teil der Grünmatt, die der Siedlung ihren Namen gab, als Gartenanlage erhal-

ten zu können, wird das grösste der Gebäude, ein langezogener, dreistöckiger Flachdachbau (mit 70 Metern wurde die maximal erlaubte Länge gewählt) im Süden gebaut, obwohl dies die Besonnung eher verschlechtert. Zudem habe man auf ein Attikageschoss verzichtet, damit mehr Licht in den Park fällt. Auch eine mächtige Zeder sowie mehrheitlich die grossen Bäume am Bach würden geschont. Die ganz aus Holz erstellten Gebäudefassaden sollen die Optik der Scheunen aufnehmen, die einst am Ort standen.

Ein Café im Erdgeschoss, das notfalls geflutet wird

Nebst den Wohnungen sind im Erdgeschoss des grössten Hauses gewerbliche Nutzungen vorgesehen, etwa Ateliers, vielleicht auch eine Arztpraxis oder eine Krippe. Das geplante öffentliche Café soll dem Grundstück eine gewisse Zentrumsfunktion verleihen.

Der Ort hat eine bewegte Geschichte. Um die Jahrtausendwende war der Bau eines Wohn- und Pflegezentrums geplant, der aber nicht realisiert wurde, weil der Zukauf einer Nachbarparzelle scheiterte. Ins Zentrum hätte auch die Mühle Seen, auf der anderen Seite der Grünmattstrasse gelegen, integriert werden sollen. Das historisch wertvolle Gebäude wurde jedoch 2004 abgerissen und durch Wohnbauten ersetzt.

Die schöne Lage am Bach ist für die Bauherren Würde und Bürde zugleich. Massnahmen für den Hochwasserschutz hätten bauliche Mehrkosten von mindestens 100 000 Franken sowie eine Verkleinerung der Wohnfläche zur Folge, heisst es. Unter anderem sind Aufschüttungen notwendig, eine spezielle Verschlussvorrichtung für die Tiefgarageneinfahrt und ein Spezialboden im Café – denn hier würde man im Notfall das Wasser eindringen lassen. gu

ANZEIGE

Lieber rechtzeitig vorsorgen.

Perfekte Planung: Wir gestalten mit Ihnen schon heute Ihre finanzielle Zukunft, verständlich und unkompliziert. Damit Sie später Ihre Rendite nicht anderweitig aufstocken müssen.

Telefon 0844 11 44 11 · www.banklinth.ch/vorsorgen

Bank Linth
Richtig einfach.

Ein Unternehmen der LLB-Gruppe